

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 40 (1961)  
**Heft:** 5  
  
**Rubrik:** Chronik des Monats

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

### *Innenpolitik*

Im Zusammenhang mit der in London erfolgten Veröffentlichung eines weitern Bandes von Dokumenten aus dem ehemaligen deutschen Auswärtigen Amt werden auch uns Schweizern einige äußerst aufschlußreiche Tatsachen aus jenen schicksalsschweren Tagen von 1940 präsentiert, die geradezu sensationell gewirkt haben. Es sind die dokumentarisch nachgewiesenen *Beziehungen des Oberstkorpskommandanten Ulrich Wille zum damaligen deutschen Gesandten* in der Schweiz und insbesondere dessen Versuch, gegen unsren General Guisan zu konspirieren und sich möglichst anzupassen. Wenn wir darauf auch an dieser Stelle zu sprechen kommen, so nicht, um irgendwelche Ressentiments an einem inzwischen Verstorbenen abzureagieren, sondern um zu zeigen, daß ganz zu Unrecht immer wieder die schweizerische Zuverlässigkeit der Sozialdemokratie bezweifelt wird. Wille stand in seiner damaligen Haltung bei weitem nicht allein, sondern er hatte eine ganze Reihe Gleichgesinnter zur Seite, von denen keiner den Reihen der Arbeiterschaft entstammte. Es sei an die berüchtigte «Eingabe der Zweihundert» oder an die defaitistische Rede des damaligen Bundespräsidenten Pilet-Golaz vom 25. Juni 1940 erinnert. Vor allem aber muß in Erinnerung gerufen werden, daß die Sozialdemokraten schon frühzeitig vor den Gefahren des Faschismus und des Nationalsozialismus gewarnt haben. Im Zusammenhang mit dem Fall Wille drängt sich ein Rückblick auf das Jahr 1934 auf. Wille hatte sich schon damals mit Hitler und andern führenden Nazis getroffen. Die sozialdemokratische Nationalratsfraktion forderte damals die Abberufung des umstrittenen hohen Offiziers. Der schweizerische Parteipräsident Ernst Reinhard verlangte in einer Interpellation klare Auskunft über die Maßnahmen des Bundesrates, um die Innehaltung der Neutralität auch durch oberste Heerführer zu gewährleisten. Genosse Friedrich Schneider forderte in einem Postulat den Bundesrat auf, die Frage der Amtsenthebung Willes zu prüfen. Die Debatte vom 6./7. November 1934 im Nationalrat ist überaus aufschlußreich, zeigt sie doch, daß sowohl der Bundesrat wie die bürgerliche Parlamentsmehrheit das Verhalten Willes deckte und ihm das Vertrauen aussprach. Trug sie damit nicht auch die Verantwortung für die kommenden Ereignisse? Jedenfalls zeigt diese Episode, wie kurzsichtig und oberflächlich es ist, begründete sozialdemokratische Kritiken einfach als Angriff auf die Armee abtun zu wollen.

Das Problem der *ausländischen Arbeitskräfte*, das wir schon in der letzten Nummer angeschnitten haben, ist noch immer Gegenstand von einläßlichen

Diskussionen. Dabei wird von seiten der Arbeitgeber die Haltung der Gewerkschaften, die die Festsetzung eines Plafonds für die ausländischen Arbeitskräfte fordern, als «völlig unrealistisch» und «wirklichkeitsfremd» bezeichnet. Es geht den Arbeitnehmerorganisationen aber zweifellos nicht nur um das durchaus berechtigte Anliegen, daß nicht über das Ventil eines zunehmenden Arbeitnehmerangebotes durch Ausländer das Lohnniveau stabil gehalten werden kann, währenddem die Teuerung weiter steigt. Ihre Forderung entspricht auch der Verantwortung für unsere Gesamtwirtschaft. Bundespräsident Wahlen hat nicht von ungefähr die Frage aufgeworfen, ob es sinnvoll sei, eine Wirtschaft aufzubauen, die sich nur unter Beziehung einer Zahl von fremden Arbeitskräften aufrechterhalten lasse, die schon heute über einen Fünftel aller Beschäftigten ausmacht. Haben wir ein Interesse daran, daß die Qualitätsproduktion noch mehr als bisher zugunsten der Quantitätsproduktion zurückgestellt wird? Auf dem Gebiete der Produktion von Massenartikeln sind wir auf die Dauer gegenüber der ausländischen Konkurrenz ohnehin nicht schlagkräftig. Unsere Stärke liegt – insbesondere im Hinblick auf die europäische Integration – nach wie vor, ja in zunehmendem Maße in der Qualitätsarbeit. Wenn die Expansion einzelner Industriezweige durch den Mangel an Arbeitskräften – auch an ausländischen – in gewissen Grenzen gehalten werden kann, wird das der Gesamtwirtschaft unseres Landes eher dienlich als schädlich sein. Wenn von Arbeitgeberseite schließlich eingewendet wird, jede Stunde Arbeitszeitverkürzung habe einen Ausfall von 40 000 bis 50 000 Arbeitskräften zur Folge, die ersetzt werden müßten, wenn die Produktion nicht Schaden leiden solle, ist dem entgegenzuhalten, daß die Arbeitszeitverkürzung durch die Rationalisierung und Intensivierung des Produktionsprozesses bedingt und auch tragbar ist.

Daß die Schweizerische Vereinigung für Gewässerschutz auf Ende April zu einer Kundgebung nach Luzern einlud, um den Bundesrat, die eidgenössischen Räte, die kantonalen Regierungen, Gemeindebehörden, Vertreter der Wirtschaft und der Fachverbände sowie die Presse, über die Dringlichkeit eines *umfassenden Schutzes der Gewässer* zu orientieren, ist verdienstlich. Da der Gewässerschutz nicht ohne große finanzielle Aufwendungen durchgeführt werden kann, muß dem ganzen Volke die Notwendigkeit von sofortigen Maßnahmen klargemacht werden. Allzu lange wurden in Sorglosigkeit und Kurzsichtigkeit die Abfälle unserer Gemeinwesen, der Industrie und des Gewerbes in Bäche, Flüsse und Seen abgeleitet. Angesichts der immer neuen Verunreinigungsquellen macht die Verderbnis unserer Gewässer raschere Fortschritte als die Maßnahmen zu ihrem Schutze. Die Situation ist alarmierend! Von genügend gesundem Wasser wird die Zukunft unseres ganzen Volkes abhängen. Genosse Bundesrat Tschudi stellte klar, daß «Bauten für den Gewässerschutz wohl für die Volksgesundheit äußerst bedeutsam, ja entscheidend, nicht aber repräsentativ in dem Sinne sind, um auf lange Zeit

ein sichtbares Zeugnis für die ästhetischen Fähigkeiten und den Schönheitssinn der Architekten und der Gemeindebehörden abzulegen. Sobald in der Wertskala der öffentlichen Meinung der Gewässerschutz an der Spitze stehen wird, dürfte die Kostenfrage nicht mehr das gleiche Hindernis für die Verwirklichung bilden wie bisher.» Tatsächlich ist in der Hierarchie der Werte gesundes Wasser als das Element allen Lebens an vorderste Stelle zu rücken. Darum bedarf es der Aufklärung und der Aufrüttelung, um das Verständnis unserer Generation für den Schutz des Wassers, insbesondere des Grundwassers, zu wecken.

*Arthur Schmid*

### *Außenpolitik*

Im April stellten sich Präsident Kennedy die schwersten Probleme seit seinem Amtsantritt. Leider gelang es ihm nicht, sie in einer für den Westen günstigen Art und Weise zu lösen. Am 15. April fielen – von rebellischen kubanischen Piloten ausgelöst – Bomben auf Kuba. Zwei Tage später landeten Invasionstruppen, die «Kuba die Freiheit bringen wollten». Mit großem Propagandaufwand wurde diese kriegerische Aktion in Szene gesetzt; ganz Amerika sympathisierte mit ihr und unterstützte sie auch weitgehend. Doch die ganze Invasion scheiterte kläglich. Der amerikanische Geheimdienst unter Führung von Allan Dulles, der an der ganzen Aktion sehr intensiv beteiligt gewesen war, hatte sich wieder einmal verrechnet. Der von den Rebellen erhoffte Aufstand der Bevölkerung blieb aus. Den die Aktion vorbereitenden Leuten war auch nicht aufgefallen, daß Castro über sehr gut ausgerüstete Truppen verfügt...

Diese mißglückte Aktion hat dem Ansehen Amerikas in ganz Lateinamerika und Afrika sehr geschadet. Die Haltung Kennedys in diesen Krisentagen war nicht sehr erfreulich. Wohl nahm er den Fehler auf sich, aber er suchte ausgerechnet bei den beiden Männern Rückendeckung, die er noch vor wenigen Monaten aufs äußerste bekämpft hatte, nämlich bei Eisenhower und Nixon. Ein Gutes scheint die gescheiterte Aktion aber doch zu zeitigen: Allan Dulles wird über die Klinge springen müssen.

Mitte Mai begann in Genf die Waffenstillstandskonferenz über Laos. Amerika schätzt sich gegenwärtig glücklich, wenn es gelingt, die neutralistische Regierung unter Souvanna Phouma ans Ruder zu bringen. Noch vor wenigen Monaten wäre diese Regierung für Amerika völlig untragbar gewesen! Die Amerikaner scheinen langsam – vielleicht zu langsam – zu merken, daß es mit einem reichen Dollarseggen, der beinahe ausschließlich in die Taschen der korrupten Oberschicht fließt, keinem Land richtig Hilfe bringen kann. Will man die Verhältnisse in den unterentwickelten Ländern wirklich bessern, so muß den unteren Bevölkerungsschichten geholfen werden. Das

wäre ein Bollwerk gegen den Kommunismus. Doch lässt sich mit dieser Hilfe kein so großes Geschäft machen wie mit der Lieferung von Kühlschränken, Luxusautos, Coca Cola und modernen Waffen . . .

Am 12. April startete der erste Mensch zu einem Weltraumflug; der Russe Gagarin landete nach einer Weltumfliegung gesund und munter irgendwo in Rußland und wurde mit größten Ehren gefeiert. Am 4. Mai startete der erste Amerikaner, Shepard, ebenfalls zu einem – allerdings beträchtlich kürzeren – Weltraumflug. Amerika war begeistert, doch hat es damit noch kein einziges seiner wichtigen Probleme gelöst. Die Wirtschaftslage hat sich zwar etwas gebessert, aber noch kann niemand sagen, ob dieser Aufschwung anhält.

Auch Frankreich hatte schwere Tage durchzustehen. Schon seit Mitte März erschütterten immer wieder Streiks die Wirtschaft des Landes. Als man dann daranging, in Evian Waffenstillstandsverhandlungen mit den algerischen Aufständischen anzuknüpfen, nahmen die Terrorakte der rechtsextremistischen Franzosen zu. Viele Tote waren zu beklagen. Am 22. April erhob sich in Algerien ein großer Teil der französischen Truppen unter Führung der Generäle Challe, Salan, Zeller und Jouhaud gegen de Gaulle. Kritische Tage folgten; in Paris bewaffnete man die männliche Bevölkerung, da man einen Angriff auf Paris befürchtete. De Gaulle war bereit, es auf einen Bürgerkrieg ankommen zu lassen. Am 26. April brach der Putsch plötzlich wieder zusammen. Tragende Kraft des Aufstandes war die Legion, während die meisten regulären Truppen sich als regierungstreu erwiesen. Allerdings war dieser Aufstand nicht so harmlos, wie es de Gaulle nach dem Aufstand hinzustellen versuchte. Die Europäer in Algerien sind nach wie vor gegen Waffenstillstandsverhandlungen; für diese Frage wie auch für die sozialen Spannungen in Frankreich hat de Gaulle immer noch keine Lösung gefunden.

Der Eichmannprozeß, der am 11. April in Israel begann, lässt nochmals all die grauenhaften Judenverfolgungen der Nazizeit aufleben. In Deutschland kommt dieser Prozeß nicht allen Leuten sehr gelegen. Dort nehmen übrigens die kommenden Bundestagswahlen immer mehr Aufmerksamkeit in Anspruch.. Die CDU gibt sich siegessicher, Willy Brandt wurde von Adenauer energisch von der gemeinsamen Plattform herabgestoßen, die er mit dem alten Herrn zusammen errichten wollte. Auch die SPD gibt sich optimistisch; viele allerdings fragen sich, ob nicht allzuviel sogenannter «sozialistischer Ballast» abgeworfen wurde, im alleinigen Bestreben, die Mehrheit des Volkes für sich zu gewinnen.

In Afrika gärt es weiter. Nachdem es Tschombe gelungen war, Lumumba auszuschalten, ist er nun selber von kongolesischen Truppen verhaftet worden und sieht seiner Aburteilung wegen Hochverrats entgegen. Seine – vorwie-

gend belgischen – Berater mußten das Land verlassen. Der Aufstand in Angola, der immer mehr Truppen aus Portugal bindet, straft all diejenigen Lügen, die da behaupten, Angola sei gewissermaßen das Idealbild einer Kolonie. Südafrika ist aus dem Commonwealth ausgetreten und scheint entschlossen, den weißen Rassendünkel bis zum Untergang stur aufrechtzuerhalten.

Mitte Mai tagten in Oslo die NATO-Mächte, ohne allerdings die tiefgreifenden Differenzen, an denen de Gaulle nicht unschuldig ist, beheben zu können. London freundet sich langsam mit dem Gedanken an, die EFTA zu verlassen und in die EWG einzutreten. Dänemark würde diesen Schritt mitmachen. Die übrigen EFTA-Partner fragen sich besorgt, was sie dann tun sollen. Zu den Fragenden gehört auch die Schweiz . . . *Dr. Marcel Bertschi*

## HOFFNUNG

Schaff das Tagwerk meiner Hände,  
Hohes Glück, daß ich's vollende !  
Laß, o laß mich nicht ermatten !  
Nein, es sind nicht leere Träume :  
Jetzt nur Stangen, diese Bäume  
Geben einst noch Frucht und Schatten

*J. W. Goethe*